

Beitragsserie: EU-Chemikalienpolitik

Vorsorgende Chemiepolitik: Mit Vernunft gemeinsam gegen gefährliche Stoffe

BUND-Workshop, Evangelische Akademie Loccum, 24.–26. Januar 2003

Henning Friege (Rapporteur)

Dr. Henning Friege, AWISTA GmbH, Düsseldorfer Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb, Höherweg 100, D-40233 Düsseldorf (HFriege@awista.de)

Gleich zu Beginn des 'Jahres der Chemie' veranstaltete der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den offenen Workshop 'Vorsorgende Chemiepolitik' und bot damit eine nationale Plattform für einen chemiepolitischen Diskurs an. Die derzeit intensive Debatte um die zukünftige europäische Chemikalienpolitik wurde von Studienleiter Dr. Andreas DALLY und dem Sprecher des BUND-Arbeitskreises Umwelchemikalien/Toxikologe, Prof. Dr. Uwe SCHNEIDEWIND, Universität Oldenburg, moderiert. 60 Teilnehmer aus Umweltschutzverbänden, Industrie, Politik und gesellschaftlichen Gruppen diskutierten über aktuelle Konfliktpunkte und Lösungsmöglichkeiten künftiger Chemiepolitik in Europa. Der Workshop ist Auftakt eines auf drei Jahre angelegten Prozesses, in dem der BUND die aktuelle Diskussion differenziert begleiten möchte.

Als 'grob, brutal und plakativ' beschreibt Stefan SCHEUER, Chemie-Fachmann des europäischen Umweltbüros EEB, welches in Brüssel die Aktivitäten der europäischen Umweltverbände koordiniert, die aktuelle Diskussion. Er meint damit die Auseinandersetzung über das Weißbuch zur Chemikalienpolitik, das die EU-Kommission im Februar 2001 vorgelegt hat und dem sie noch in diesem Frühjahr konkrete Verordnungsentwürfe folgen lassen will. Mit den Regelungen sollen einheitliche Registrierungs-, Bewertungs- und Zulassungsbedingungen für alle in Europa verwendeten Chemikalien gelten. Ein besonderer Blick richtet sich dabei auf die Risiken, die von vielen der rund 30.000 bisher nicht regulierten Altstoffe ausgehen. Während die Umweltschutzorganisationen die geplanten EU-Regelungen als längst überfälligen Paradigmenwechsel begrüßen, ist insbesondere die deutsche (Chemie-) Industrie sehr skeptisch. Sie sieht gewaltige ökonomische Belastungen auf sich zukommen.

Mit dem Loccumer Workshop, dem 2004 und 2005 ähnliche Veranstaltungen folgen sollen – ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf dem Management von Stoffen und Risiken in der Produktkette liegen – will der BUND dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen.

Der Workshop zeigte, dass es Anknüpfungspunkte der unterschiedlichen Positionen von Bundesregierung, Industrie und Umweltverbänden gibt: Dr. Uwe LAHL, zuständiger Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium, verdeutlichte dies an der gemeinsamen Position von Bundesregierung, Verband der Chemischen Industrie (VCI) und Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) zum Weißbuch aus dem Jahr 2002. Er sprach sich klar für Zulassungsverfahren bei Stoffen mit bestimmten kritischen Eigenschaften aus (z.B. vPvB = very persistent, very bioaccumulative), und zwar nach einer am Produktionsvolumen erfolgten Prioritätensetzung. Kritik am gemeinsamen Standpunkt von Regierung, VCI und IG BCE kam von den NGOs, die in diesen Abstimmungsprozess nicht eingebunden waren. Wolfgang REUTER vom Öko-Institut Freiburg zeigte an Beispielen aus einem Projekt mit der chemischen Industrie, wie sich die Registrierungskosten für Stoffe erheblich senken lassen. Prof. Dr. Arnim VON GLEICH/FH Hamburg beleuchtete die Innovationspotenziale, die für Unter-

nehmen in der neuen Regulierung liegen. Dr. Utz TILLMANN vom Verband der Europäischen Chemieindustrie (CEFIC) machte deutlich, dass die Chemieindustrie die neue Regulierung in keinem Fall verhindern will, sondern nach einer 'machbaren Lösung' sucht. Die Chemieindustrie stehe für einen Risiko-orientierten Ansatz (dort, wo Risiken sind, gilt es ein entsprechendes Risk-Management zu entwickeln = Ansatz von Responsible Care); sie wolle in ihrem internen Bemühen um Nachhaltige Entwicklung den Ausgleich zwischen den drei Säulen Ökologie, Ökonomie und soziale Folgen herbeiführen; Zulassungsverfahren seien dabei eher hinderlich. NGO-Vertreter bemängelten noch immer fehlende Daten über HPV-Stoffe (high production volume) sowie auch die weitere Herstellung besonders kritischer Chemikalien wie TBTO. Die Folgen einer Einstellung der Produktion kritischer Zwischenprodukte wurden am Beispiel Epichlorhydrin mit Dr. Michael RUHLAND (Solvay) diskutiert.

Am Ende des Workshops bestanden zwischen Industrie- und Umweltverbandsvertretern trotz der Annäherungen zahlreiche Konfliktlinien und Probleme. Diese reichten vom Umfang der in die verschiedenen Stufen der Regulierung einzubeziehenden Stoffe bis zum Umgang mit Importprodukten von außerhalb der EU. Obwohl der VCI das Weißbuch nicht mehr grundsätzlich ablehnt, hat man in der Industrie nach wie vor Schwierigkeiten mit dem 'A' im REACH-Prozess, der Zulassung besonders kritischer Stoffe. Einig war man sich vor allem darin, dass die Problematik des Imports von Chemikalien in Produkten gelöst werden müssen, damit nicht das europäische Sicherheitsniveau unterlaufen werden kann. Als mögliche Vorteile für die Europäische Chemieindustrie formulierte Andreas AHRENS (ÖKOPOL GmbH):

- Bessere Eigenschaft des Stoffs/Produkts wird benötigt und bezahlt (technisch oder ethisch)
- Zusatznutzen steigert Absatz in gesättigten Märkten
- Besseres Produkt senkt Risikomanagementkosten oder Kosten für Schadenskompensation
- Besseres Produkt hilft bei der Absicherung gegen Image und Wertverlust (bei weiterer Skandalisierung von Endprodukten)
- 'Made and tested in Europe' in Europa kann Export stützen
- Besseres Produkt sichert Compliance

Das Weißbuch zum Umgang mit Chemikalien kann man zusammenfassend als Ergebnis übergeordneter gesellschaftlicher Trends auffassen:

- *Globalisierung*: intensiverer Wettbewerb
- *Individualisierung*: Management der Vielfalt und Produktwechsel
- *Bürgergesellschaft*
- *Informationsgesellschaft*,
- *Dienstleistungsgesellschaft*

Rückfragen: Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Sprecher des Arbeitskreises Umwelchemikalien/Toxikologie im BUND: Universität Oldenburg, Lehrstuhl für Produktion und Umwelt, FB 4, Postfach, D-26111 Oldenburg; T: 0441/798-4181 oder 798-4169; uwe.schneidewind@uni-oldenburg.de